



Änderungsantrag

Öffentlich

Datum

31. Mai. 2011

Nummer

1870/11

Absender

CDU - Fraktion
Platz der Deutschen Einheit 1

38100 Braunschweig

Adressat

Oberbürgermeister Dr. Hoffmann
Platz der Deutschen Einheit 1
38100 Braunschweig

Gremium

Rat

Sitzungstermin

31.05.2011

Betreff

„Atomausstieg in Braunschweig“
Antrag Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, DS-Nr. 1828/11“ TOP 28.4
„Resolution: Stilllegung aller Atomanlagen“
Antrag Fraktion BIBS, DS-Nr. 1853/11 zu TOP 28.5

Antrag:

„Der Rat verweist **die Anträge** mit den DS-Nrn. 1828/11 **und 1853/11** in den zuständigen Fachausschuss (Planungs- und Umweltausschuss).

Die Verwaltung soll dem Fachausschuss als weiteres Beratungsmaterial umgehend die Empfehlungen der von der Bundesregierung zu diesem Thema eingesetzten „Ethik-Kommission“ vorlegen.

Die Verwaltung soll anschließend dem Fachausschuss eine Stellungnahme dahingehend abgeben, inwieweit Empfehlungen der „Ethik-Kommission“ auf die kommunale Ebene und insbesondere Braunschweig bezogen und umgesetzt werden können.

Nach Erhalt der entsprechenden Beratungsunterlagen soll der Fachausschuss eine öffentliche Anhörung mit Energieexperten zu diesem Thema abhalten. Insbesondere sollen BS Energy, die Energieexperten der EnergieAgentur Wolfsburg und der Projektregion Braunschweig (soweit für die Studien zur Energieberatung zuständig), die EnerMaTec, BUND, Vertreter der Fachinnungen Elektro- (Photovoltaik) und Sanitär/Heizungs-Innung (Solarthermie und regenerative Anlagen, KWK usw.) sowie Vertreter der Landwirtschaftskammer (als Erzeuger nachwachsender Rohstoffe) eingeladen werden. Anschließend soll der Fachausschuss aufgrund der Beratungen und Anhörung eine Beschlussempfehlung an den Rat aussprechen.“

Der CDU/FDP-Änderungsantrag mit der DS-Nr. 1852/11 ist damit gegenstandslos.

Begründung:

Die CDU- und die FDP-Fraktion stimmen der Grundtendenz der Antragstellerin dahingehend grundsätzlich zu, dass aus den katastrophalen Vorgängen in Fukushima und dem von der Bundesregierung angeordneten Moratorium Konsequenzen in Richtung auf einen Atomausstieg (zivile Nutzung von Atomenergie) folgen sollten. Freilich fehlt dem Rat zur Beschlussfassung im Einzelnen weitestgehend die fachliche Kompetenz, was auch die Antragstellerin offenbar erkennt, wenn sie ein Fachgutachten für diese Fragen fordert.

Ein solches Fachgutachten mag durchaus Sinn ergeben. Zunächst sollte aber der zuständige Fachausschuss selbst sich ein gewisses Maß an erforderlicher Fachkompetenz in dieser auch andauernd wichtigen Frage aneignen. Dies kann am besten dadurch geschehen, dass er sich mit der von der Bundesregierung extra zu diesem Zweck eingesetzten „Ethik-Kommission“ befasst, lokale Experten einlädt und mit diesen den gesamten Komplex diskutiert.

Im Anschluss daran kann der Fachausschuss über die Konsequenzen beraten und entscheiden. Dann wird auch zu entscheiden sein, ob er schon gleich konkrete Empfehlungen an den Rat richtet oder zunächst die Einsetzung eines Fachgutachters durch die Stadtverwaltung für richtig hält.

In jedem Falle ist es nicht sinnvoll den Rat ohne gründliche fachliche Vorbereitung Beschlüsse wie beantragt fassen zu lassen – und das ohne jegliche Beratung im zuständigen Fachausschuss. Die CDU- und die FDP-Fraktion wollen mit der Überweisung an den Fachausschuss auch unterstreichen, dass sie nicht gewillt sind, die Kompetenzen der Fachausschüsse weiter aushöhlen zu lassen. In den letzten Jahren hat sich die Tendenz verstärkt, an den Fachausschüssen vorbei, wichtige Fragen im Rat direkt behandeln und entscheiden zu lassen. Dies widerspricht nicht nur der grundsätzlichen Ausrichtung der Niedersächsischen Gemeindeordnung, sondern auch der – gerade auch in einer Großstadt – notwendigen Spezialisierung von Fachkompetenz von Kolleginnen und Kollegen in Fachausschüssen. Ein beschleunigter Umstieg in erneuerbare Energien muss sicher und umweltschonend sein.

Ohne solche gründliche Vorbereitung und Beratung von Ratsbeschlüssen drohen „Schnellschüsse“, die gerade bei einem so wichtigen Thema mit weitreichenden Konsequenzen nicht vertretbar wären.

Die CDU- und die FDP-Fraktion gehen davon aus, dass die Antragstellerin sich dem anschließt, wenn es ihr wirklich ernst mit einer gründlichen Abarbeitung dieses Themas und praktischen Konsequenzen hieraus ist.

Wolfgang Sehrt
Fraktionsvorsitzender

Juliane Lehmann
stellv. Fraktionsvorsitzende